

# Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

4/2015

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

---

Inhalt

Vorwort

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag





## Vorwort

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

in wenigen Tagen schreiben wir das Jahr 2016. Weihnachten und die Zeit zwischen den Jahren bringen uns ein paar Tage Besinnlichkeit, ein paar Tage Innehalten und Aufatmen. Wir alle wissen natürlich, dass ein Jahreswechsel kein Neustart ist. Dennoch hegen wir bestimmte Erwartungen für das neue Jahr, und ich wünsche Ihnen, dass Ihre Hoffnungen und Vorstellungen in Erfüllung gehen mögen.

2016 wird ein Jahr großer politischer Debatten. Wie wird es uns gelingen, die Herausforderungen der Flüchtlingsproblematik zu bewältigen? Wie können wir gute Bildung für alle Kinder garantieren? Wie wird es uns angesichts der steigenden Terrorgefahr gelingen, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten?

Die Zukunftsfähigkeit unseres Staates wird maßgeblich davon abhängig sein, ob es uns gelingt, die aktive Bürgergesellschaft weiterhin zu motivieren

Vieles von dem, was unser Land lebenswert macht, geht auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zurück. Vieles von dem, was wir in diesem Jahr erreicht haben, beruht auf der Tatkraft und der Kompetenz, auf der Initiative und der Kreativität der Menschen, die hier wohnen und wirken.

Unsere Erfolge beruhen auf den Stärken der Christlich Demokratischen Union, aber auch durch Ihre Initiative, Kreativität und Ihrer Tatkraft sowie Ihrem Engagement. Unsere Erfolge beruhen darauf, dass wir alle die Probleme gemeinsam angehen, dass sich viele Einzelne verantwortliche fühlen.

Unsere Gemeinschaft in der CDU ist keine CDU-AG, sondern eine Gemeinschaft, die von Werten zusammengehalten wird, von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, von Solidarität und Mitmenschlichkeit.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, frohe und geruhsame Weihnachtstage sowie alles Gute für das Jahr 2016!

In freundschaftlicher Verbundenheit

Ihr



## Neues aus dem Wahlkreis

### Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum auf Polizeistreife

#### Polizei in der Region hat einen guten Ruf

Ludwigsfelde. Der CDU-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses des Landtages absolvierte in der letzten Woche eine Schicht im Funkstreifenwagen in Ludwigsfelde und Blankenfelde-Mahlow und fordert eine bessere Personalausstattung der Polizei. Mit ihm sprach BlickPunkt Redakteur Jörg Reuter.



#### Wie sind Sie auf die Idee gekommen, die Polizeibeamten bei ihrem Dienst in unserer Region zu begleiten?

Mir ist es wichtig, nicht nur vom Innenministerium, sondern vor allem von den Polizeibeamten vor Ort zu erfahren, wo der Schuh drückt und was die Landespolitik machen kann, um die Menschen in unserer Region effektiv vor Straftaten zu schützen. Das erfährt man am ehesten, wenn man mit dabei ist, wenn die Polizisten auf Streife sind.

#### Welche Eindrücke haben Sie gewonnen?

Zunächst, dass die Kollegen bei der Polizei trotz widriger Rahmenbedingungen motiviert sind und einen guten Job machen. Die Polizei hat auch bei den Menschen in der Region einen guten Ruf, oft sind die Revierpolizisten „Freund und Helfer“. Sie kennen ihr Revier und kümmern sich um „ihre Pappenheimer“. Das hat man ganz deutlich auch bei unserer Streifenfahrt durch Blankenfelde-Mahlow, wo es in der Vergangenheit ja besonders viele Wohnungseinbrüche gab, gespürt. Allein ein Polizeiwagen sorgt schon für ein Stück mehr Sicherheit in einem Wohngebiet.

#### In welchen Bereichen der Polizeiarbeit haben Sie Defizite festgestellt, was muss verbessert werden?

Die Polizeireform der rot-roten Landesregierung hat viele gute Strukturen kaputt gemacht und für viel Verunsicherung in der Bevölkerung gesorgt. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsproblematik und der Terrorgefahr habe ich meine Zweifel, ob die derzeitige Personalausstattung, die Ausrüstung und die Ausbildung bei der Brandenburger Polizei ausreichend sind. Wir benötigen starke und abrufbare Sicherheitskräfte und eine bessere Personalausstattung der Polizei. Es wird Zeit, dass Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) endlich eine fachbasierte Aufgaben- und Sicherheitsanalyse für das Land Brandenburg erstellt, die ehrlich und konkret darstellt, wieviel und wofür unsere Polizisten im Land gebraucht werden. Mehr Indianer und mehr Polizeipräsenz vor Ort und weniger Stäbe und Bürokraten in den Polizeibehörden und im Innenministerium. Es muss mehr Verantwortung und Führung auf die Polizeireviere übertragen werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum weit weg, in

Luckenwalde oder Potsdam entschieden wird, wann und wo ein Funkstreifenwagen eingesetzt wird. Das können die Polizeibeamten in Ludwigsfelde vor Ort besser entscheiden.

Gemeinsam mit dem damaligen Ludwigsfelder Bürgermeister Frank Gerhard haben Sie für den Neubau des Polizeireviers und den Erhalt der 24 Stunden Erreichbarkeit der Polizei in Ludwigsfelde erfolgreich gekämpft. Wann wird die Polizei eine angemessene Unterkunft in Ludwigsfelde erhalten?

Kurz vor der Landtagswahl im letzten Jahr hat die Landesregierung den Bürgern in Ludwigsfelde versprochen, dass die Mietverträge für das neue Polizeidomizil noch im Jahr 2014 unterschrieben werden. Dieses Versprechen hat die Landesregierung leider gebrochen. Ich hoffe nunmehr, dass die Unterbringung der Ludwigsfelder Polizei im nächsten Jahr erfolgen kann.

*Informationen: Im Polizeirevier Ludwigsfelde sind 38 Polizeibedienstete tätig. Das Durchschnittsalter beträgt 41,8 Jahre. Im Zuständigkeitsgebiet des Polizeireviers leben 40.858 Einwohner. Das Polizeirevier verfügt über 4 Funkstreifenwagen für den Revierdienst, 2 Funkstreifenwagen für den Wachdienst und 1 Gruppenwagen. Im Jahr 2013 ereigneten sich im Polizeirevier u.a., 114 Kfz-Diebstähle (Aufklärungsquote 14,9%) 342 Fahrraddiebstähle (Aufklärungsquote 17%), 451 Diebstähle aus Kfz (Aufklärungsquote 6,9%), 57 Wohnungseinbruchsdiebstähle (Aufklärungsquote 35,1%), 25 Tageswohnungseinbrüche (Aufklärungsquote 44%), 324 Rohheitsdelikte (Aufklärungsquote 88%) - Quelle: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr.521 der Abgeordneten Danny Eichelbaum und Björn Lakenmacher (Landtagsdrucksache: 5/1157) Quelle: Blickpunkt, 04.12.2015*



Wahl des neuen MIT-Kreisvorstandes Teltow-Fläming am 29.10.2015 in Luckenwalde

Bürgerfest des Landtages Brandenburg am 25.09.2015 mit Vertretern in Trachten des Landkreises Teltow-Fläming



## Kritik an Bildungsministerium

**Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum hat die Landesregierung nach den Gründen für den Unterrichtsausfall an der Stülper Grundschule zu Schuljahresbeginn gefragt. Die Antwort: Kranke Lehrer konnten nicht so schnell ersetzt werden.**

Stülpe. Zu Beginn des Schuljahres gab es an der Grundschule Stülpe Probleme, den Unterricht abzusichern. 69 von 176 Wochenstunden fielen aus, weil drei von acht Lehrern nicht vollständig einsatzfähig waren, schrieb die Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, Monika Nestler (Linke), damals in einem offenen Brief an alle Landtagsfraktionen. Es habe keinen regulären Stundenplan, keine Förderstunden und keine Ganztagsangebote gegeben, erklärten Elternvertreter. Es wurde befürchtet, dass zum Halbjahresende teils keine Noten gegeben würden.

Die CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum und Gordon Hoffmann stellten deswegen eine Anfrage an die Landesregierung. Sie wollten wissen, was die Regierung unternimmt, um den Unterricht abzusichern und die Benotung in allen Fächern zum Halbjahr zu gewährleisten. Zudem erkundigte er sich, ob die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen dem Unterrichtsausfall in Stülpe und der Streichung von 210 Lehrerstellen sieht und wie die Möglichkeit bewertet wird, dauerkranke Lehrer durch kurzfristige Neueinstellungen über den Stellenplan hinaus zu ersetzen.

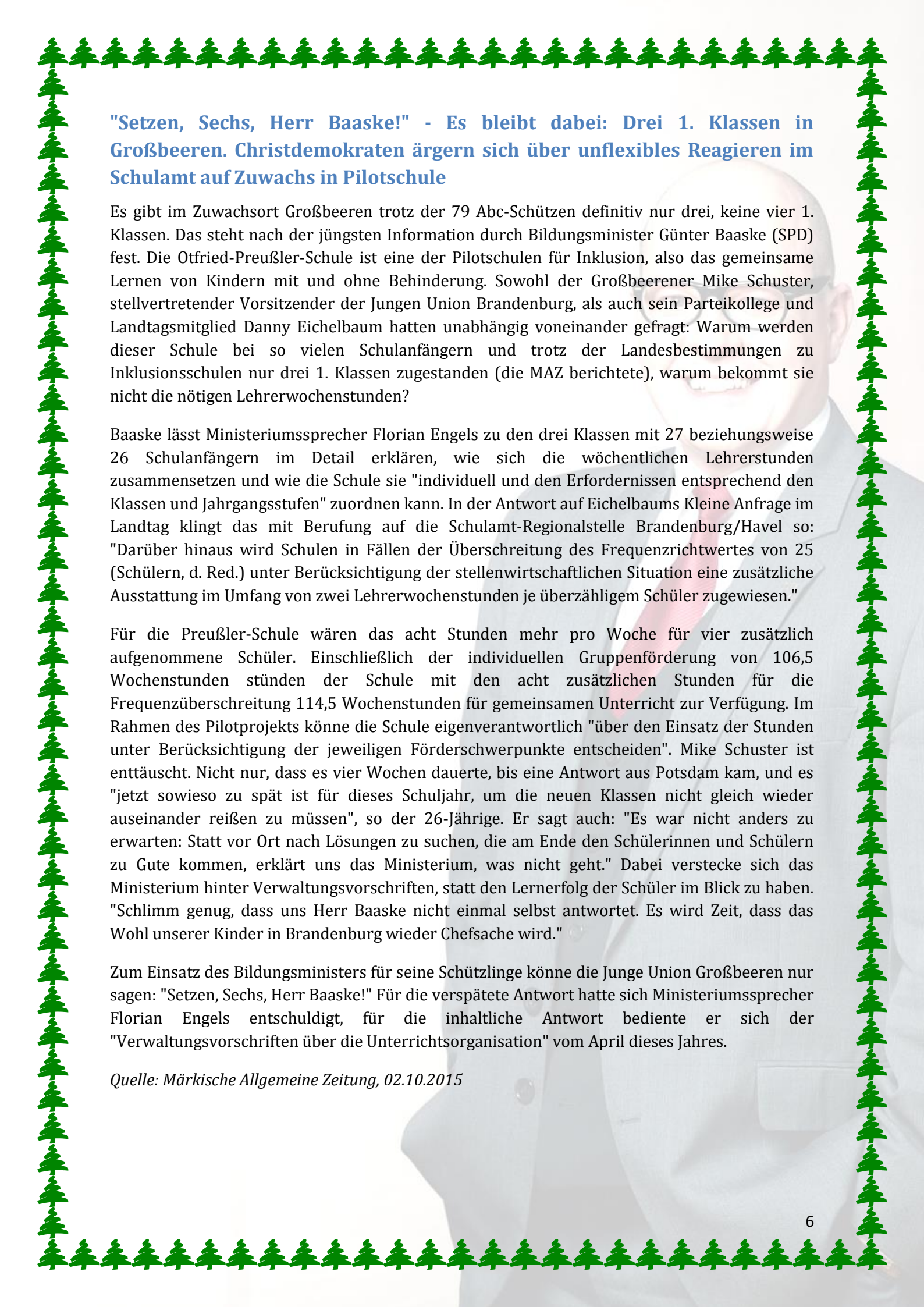
Bildungsminister Günter Baaske (SPD) teilte in seiner Antwort mit, dass seit Beginn des Schuljahres 57 Unterrichtsstunden aufgrund zweier erkrankter Lehrer vertreten werden. Eine Lehrkraft wurde zum 31. August eingestellt. „Zwischenzeitlich ist es gelungen, auch für die zweite langzeiterkrankte Lehrkraft eine Einstellung über das Vertretungsbudget vorzunehmen“, so Baaske.

Eichelbaum hingegen kritisiert, dass Unterrichtsausfall und fehlende Stundenpläne zu Beginn des neuen Schuljahres keine Einzelfälle sind, sondern in Brandenburg ein flächendeckendes Problem. Beschönigungen von Bildungsminister Günter Baaske (SPD) würden den Eltern, Schülern und Lehrern in Stülpe nicht weiterhelfen. „Der Bildungsminister sollte erst einmal die Realität in den Schulen zur Kenntnis nehmen“, so Eichelbaum. Von Margrit Hahn

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 04.11.2015*



Mitgliederversammlung der CDU  
Großbeeren am 20.11.2015



## "Setzen, Sechs, Herr Baaske!" - Es bleibt dabei: Drei 1. Klassen in Großbeeren. Christdemokraten ärgern sich über unflexibles Reagieren im Schulamt auf Zuwachs in Pilotschule

Es gibt im Zuwachsort Großbeeren trotz der 79 Abc-Schützen definitiv nur drei, keine vier 1. Klassen. Das steht nach der jüngsten Information durch Bildungsminister Günter Baaske (SPD) fest. Die Otfried-Preußler-Schule ist eine der Pilotschulen für Inklusion, also das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung. Sowohl der Großbeerener Mike Schuster, stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union Brandenburg, als auch sein Parteikollege und Landtagsmitglied Danny Eichelbaum hatten unabhängig voneinander gefragt: Warum werden dieser Schule bei so vielen Schulanfängern und trotz der Landesbestimmungen zu Inklusionsschulen nur drei 1. Klassen zugestanden (die MAZ berichtete), warum bekommt sie nicht die nötigen Lehrerwochenstunden?

Baaske lässt Ministeriumssprecher Florian Engels zu den drei Klassen mit 27 beziehungsweise 26 Schulanfängern im Detail erklären, wie sich die wöchentlichen Lehrerstunden zusammensetzen und wie die Schule sie "individuell und den Erfordernissen entsprechend den Klassen und Jahrgangsstufen" zuordnen kann. In der Antwort auf Eichelbaums Kleine Anfrage im Landtag klingt das mit Berufung auf die Schulamt-Regionalstelle Brandenburg/Havel so: "Darüber hinaus wird Schulen in Fällen der Überschreitung des Frequenzrichtwertes von 25 (Schülern, d. Red.) unter Berücksichtigung der stellenwirtschaftlichen Situation eine zusätzliche Ausstattung im Umfang von zwei Lehrerwochenstunden je überzähligen Schüler zugewiesen."

Für die Preußler-Schule wären das acht Stunden mehr pro Woche für vier zusätzlich aufgenommene Schüler. Einschließlich der individuellen Gruppenförderung von 106,5 Wochenstunden stünden der Schule mit den acht zusätzlichen Stunden für die Frequenzüberschreitung 114,5 Wochenstunden für gemeinsamen Unterricht zur Verfügung. Im Rahmen des Pilotprojekts könne die Schule eigenverantwortlich "über den Einsatz der Stunden unter Berücksichtigung der jeweiligen Förderschwerpunkte entscheiden". Mike Schuster ist enttäuscht. Nicht nur, dass es vier Wochen dauerte, bis eine Antwort aus Potsdam kam, und es "jetzt sowieso zu spät ist für dieses Schuljahr, um die neuen Klassen nicht gleich wieder auseinander reißen zu müssen", so der 26-Jährige. Er sagt auch: "Es war nicht anders zu erwarten: Statt vor Ort nach Lösungen zu suchen, die am Ende den Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen, erklärt uns das Ministerium, was nicht geht." Dabei verstecke sich das Ministerium hinter Verwaltungsvorschriften, statt den Lernerfolg der Schüler im Blick zu haben. "Schlimm genug, dass uns Herr Baaske nicht einmal selbst antwortet. Es wird Zeit, dass das Wohl unserer Kinder in Brandenburg wieder Chefsache wird."

Zum Einsatz des Bildungsministers für seine Schützlinge könne die Junge Union Großbeeren nur sagen: "Setzen, Sechs, Herr Baaske!" Für die verspätete Antwort hatte sich Ministeriumssprecher Florian Engels entschuldigt, für die inhaltliche Antwort bediente er sich der "Verwaltungsvorschriften über die Unterrichtsorganisation" vom April dieses Jahres.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 02.10.2015*

# Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

## Marinesoldaten der Fregatte Brandenburg besuchten den Landkreis

Wenn es um die Fregatte Brandenburg und die Marine geht, gerät der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum ins Schwärmen. Gemeinsam mit seinem Landtagskollegen Rainer Genilke aus dem Nachbarlandkreis Elbe-Elster absolvierte er unter anderem bereits als Oberleutnant zur See eine einwöchige Informationsveranstaltung für zivile Führungskräfte bei der Marine. Der Landtag Brandenburg und das Kinderheim in Trebbin unterhalten bereits seit über 20 Jahren eine innige Patenschaft zur Fregatte Brandenburg, die ihren Heimathafen in Wilhelmshaven hat.



Die Fregatte wurde 1992 auf Kiel gelegt und lief im selben Jahr vom Stapel. Das 139 Meter lange Schiff hat 236 Soldaten an Bord. In den letzten Monaten befand sie sich für Reparaturarbeiten in einer Werft. Erst seit wenigen Tagen ist die Fregatte wieder im Wasser. Bereits im letzten Jahr war Danny Eichelbaum Gastgeber für die Besatzung der Fregatte Brandenburg in seinem Wahlkreis in Ludwigfelde und Trebbin.

Mittlerweile sind bereits freundschaftliche Beziehungen entstanden. Immer wenn die Marinesoldaten nach Brandenburg kommen, erhalten sie große Aufmerksamkeit. Das war auch am vergangenen Freitag so. Dieses Mal lud Danny Eichelbaum eine Delegation der Fregatte Brandenburg unter der Führung des Kommandanten, Fregattenkapitän Ivo Schneider, nach Luckenwalde ein. Hier besuchten sie die Kreisverwaltung Teltow-Fläming und wurden von der Landrätin Kornelia Wehlan ebenso herzlich begrüßt. Auf dem Programm standen eine Führung durch das Kreishaus, die Vorstellung der Fläming Skate durch den Kreisbeigeordneten Detlef Gärtner und der Besuch des Kreisarchives.

Die Marinesoldaten, die aus unterschiedlichen Bundesländern kommen, waren besonders von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landkreises beeindruckt, einige von ihnen waren auch schon privat in Jüterbog und waren auf der Fläming Skate unterwegs. Zum Schluss des Besuches gab es aber ein besonderes Lob für die Marinesoldaten, auch und gerade für die Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer, (die Marine rettete hier seit Mai dieses Jahres über 9000 Flüchtlinge) und für die Bekämpfung der Schleuserbanden im Mittelmeer.

„Sie nehmen große Entbehrungen und Gefahren auf sich, um Menschen aus der ganzen Welt zu helfen. Sie setzen an den entlegensten Orten dieser Welt ihr Leben für Freiheit und Demokratie aufs Spiel, kämpfen gegen Terror und Unterdrückung- damit Frieden, Freiheit und Menschenrechte eine Chance erhalten.

Dafür danken wir Ihnen und sprechen Ihnen unseren Respekt und unsere Anerkennung aus!“, so Danny Eichelbaum.

*Quelle: Blickpunkt, 14.12.2015*

## Entrüstung über Anschlag in Jüterbog

Jüterbog - Über Parteigrenzen hinweg haben Politiker den Anschlag auf einen evangelischen Jugendclub in Jüterbog (Teltow-Fläming) verurteilt. "Rechtsextreme missbrauchen die vermehrte Zuwanderung, um Angst zu schüren, streuen unwahre Gerüchte und fühlen sich erstarkt. Mit dem Anschlag, der vermutlich auf Kosten Rechtsextremer geht, ist eine Grenze überschritten", sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Erik Stohn. "Die Tat war absolut hinterhältig, feige und beschämend", so der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum. Auch die Linke Landrätin Kornelia Wehlan kritisierte den Anschlag scharf. Unbekannte hatten am Freitagabend Pyrotechnik in der kirchlichen Einrichtung gezündet. In dem Club findet ein regelmäßiges Begegnungscafé mit Flüchtlingen statt.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 23.11.2015



Einweihung des Erweiterungsbaues des  
Feuertechnischen Zentrums in Luckenwalde am  
03.12.2015

Kommandoübergabe der  
Berliner Feldjägerkompanie  
an Hauptmann Martin  
Wonneberger in Berlin am  
20.11.2015







## Weltkriegsaltpasten - Mehr Geld für Munitionsberäumung

**Der Bund hat erstmals ein Förderprogramm für die Entsorgung alliierter Weltkriegsmunition beschlossen. Ein Hoffnungsschimmer für die Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald, die beide schwer belastet sind. Dass viel von dem Geld in der Region ankommt, ist allerdings eher unwahrscheinlich.**

Fläming. Es ist eine historische Entscheidung: In den kommenden vier Jahren will der Bund erstmals Geld für die Beseitigung alliierter Kriegsmunition zur Verfügung stellen. Insgesamt 60 Millionen Euro sollen bis 2019 an die Länder fließen, heißt es im jüngsten Beschluss des Haushaltsausschusses. Das Geld soll zusätzlich eingesetzt und als Zuschuss verstanden werden. Bislang mussten die Länder Blindgänger aus englischer, amerikanischer oder sowjetischer Herstellung komplett auf eigene Kosten entsorgen – wovon es stets Streit gab.

Die nun freigegebenen 60 Millionen sind zwar kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Immerhin investiert allein das Land Brandenburg jedes Jahr etwa 11 Millionen Euro in die Beseitigung von Kriegsaltpasten. Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) reagierte dennoch erfreut, und auch in Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald zeigt man sich angetan.

Danny Eichelbaum etwa, CDU-Landtagsabgeordneter aus Jüterbog, begrüßt die Entscheidung. „Jetzt erwarte ich aber, dass die Landesregierung die nötigen Eigenmittel zur Verfügung stellt und auch bei uns eine Beräumung durchführt“, sagt er.

Eichelbaum gehört zu den Politikern, die schon länger auf die Gefahren aufmerksam machen, die von den belasteten Böden in der Region ausgehen. Und das sind einige. Allein auf den früheren Artillerieschießplätzen bei Jüterbog lagern noch unzählige Geschosse, Granaten und Bomben in der Erde. Auch rings um Halbe rosten tonnenweise Überbleibsel der größten Kesselschlacht des Zweiten Weltkrieges vor sich hin. Die Feuerwehren warnen jeden Sommer aufs Neue davor, dass die Munition Waldbrände auslösen kann. Zudem erschwert sie die Arbeit der Feuerwehrleute, weil die betroffenen Wälder im Brandfall nicht betreten dürfen. Dadurch wiederum sind alle Ortschaften gefährdet, die am Rand dieser Wälder liegen, etwa Radeland oder Markendorf. Gerd Heine, Kreisbrandmeister von Teltow-Fläming, hat erst vor wenigen Wochen in der MAZ auf die Risiken hingewiesen: „Wenn dort der Wald brennt, sind die Dörfer nur schwer zu schützen.“ Stephan Loge (SPD), Landrat von Dahme-Spreewald, würde deshalb am liebsten den Forstbehörden Bundesmittel zur Verfügung stellen, um Teile der Wälder um Halbe für die Feuerwehren und Spaziergänger zu sichern. Und Danny Eichelbaum fordert: „Der Landkreis Teltow-Fläming darf als der am stärksten munitionsbelastete Landkreis in ganz Brandenburg jetzt nicht hinunterfallen.“

Ob die Region aber tatsächlich profitieren wird, ist unklar. Das Finanzministerium hat noch nicht einmal die Kriterien festgelegt, nach denen das Geld auf die Länder verteilt wird. Und auch falls Brandenburg wirklich einige Millionen abrufen kann, scheint es eher unwahrscheinlich, dass davon viel in Jüterbog oder Halbe hängen bleibt. Es gebe für Munitionsbeseitigung in Brandenburg klare Prioritäten, sagt Wolfgang Brand, Sprecher des Innenministeriums. Danach sind dicht besiedelte Städte und Fundorte von Großbomben vorrangig zu behandeln. Das meiste Geld dürfte demnach in die Innenstädte von Potsdam und Oranienburg fließen, wo noch viele Blindgänger vermutet werden. Von Oliver Fischer

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 20.11.2015*

## CDU: Landkreis soll Bundesmittel für Bildungsinvestitionen beantragen

Anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanes 2016 in den Kreistag fordert die CDU-Kreistagsfraktion die Landrätin auf, finanzielle Mittel aus dem Kommunalinvestitionsgesetz des Bundes für Investitionen in Schulen und andere Bildungseinrichtungen des Landkreises zu beantragen.

Hierzu erklärt der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum:

"Der Kreistag hat sich im letzten Jahr bei der Prioritätenfestsetzung klar und deutlich für Investitionen des Kreises in Bildungseinrichtungen in Teltow-Fläming ausgesprochen. Trotz der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik darf dieses Ziel nicht aus den Augen verloren werden. Unsere Kinder haben einen Anspruch auf bestmögliche Lernbedingungen in den Schulen des Landkreises.

Der Bund unterstützt erstmals mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz finanzschwache Kommunen bei der Durchführung von Zukunftsinvestitionen in den Jahren 2016-2018. Auch Teltow-Fläming kann davon profitieren. Den 7 Antragsberechtigten Landkreisen in Brandenburg, zu denen nach der Aussage des Landesfinanzministeriums auch der Landkreis Teltow-Fläming gehört, stehen ab dem nächsten Jahr 30,4 Millionen für Investitionen zur Verfügung, der Eigenanteil beträgt lediglich 10 %. Dank der neuen Bundeszuschüsse könnten wir im Kreis zusätzliche Investitionen in Bildungseinrichtungen tätigen, für die wir sonst kein Geld hätten.

Unterstützung dafür erhält die CDU von der Gewerkschaft IG Bau. Deren Bezirksvorsitzender Rudi Wiggert forderte die Kommunalpolitiker in Teltow-Fläming auf, darauf zu achten, "dass der Landkreis Teltow-Fläming nicht von der Substanz lebt" und "notwendige Investitionen nicht auf die lange Bank" geschoben werden.

*Quelle: Pressemitteilung 08.11.2015*



Heimkampf 1. Bundesliga 1.LSC gegen ASV Mainz in Luckenwalde am 28.11.2015

Beim Kreisbauernball in Altes Lager am 07.11.2015





## Es geht um die Wurst - Eine Traditionsfleischerei in Mahlow kämpft gegen neue Auflagen - auch bei Facebook

Das Fleischereihandwerk hat es in Zeiten veränderter Ernährungsgewohnheiten nicht leicht. Nicht erst, seit die Weltgesundheitsorganisation davor warnt, Wurst und eventuell auch rotes Fleisch könnten Darmkrebs auslösen. Über Brandenburg hinaus beschäftigt nun ausgerechnet das Schicksal einer regionalen Fleischerei die "Netzgemeinde". Knapp 1500 Facebook-Mitglieder unterstützen das Traditionsunternehmen Bendig in Mahlow (Teltow- Fläming) in seinem Kampf gegen die Behörden. Aus ganz Deutschland kommen Solidaritätsbekundungen auf der von Unterstützern eingerichteten Facebook- Seite "Bendig muss bleiben". Das Unternehmen ist nach eigener Aussage in Existenznot geraten.

Denn nach erfolgreichen 20 Jahren haben die Behörden den Küchenanbau der Fleischerei am Stammsitz in Mahlow als "Schwarzbau" eingestuft und die Küchennutzung untersagt. Nachdem ein Nachbar sich über Geruchsbelästigungen beschwerte, soll sich herausgestellt haben, dass es keine Baugenehmigung für die ausgebaute Küche gibt. Behörde fordert eine gültige Baugenehmigung Die Fleischerei mit Filialen in Wildau, Rangsdorf, Potsdam und Berlin, bereitet in dem Anbau den Mittagstisch, den Imbiss und das Catering vor. Die Behörde fordert von Inhaber Rainer Bendig, dass er die einstige Baugenehmigung vorlegt. Doch der kann zwar einen umfangreichen Schriftverkehr zum Ausbau der alten Schmiede Anfang der 90er-Jahre vorweisen, nicht aber das entscheidende Dokument. Den Anfang dieses Jahres nachgereichten Bauantrag hat die Untere Bauaufsicht inzwischen abgelehnt.

Der Fleischerei- Inhaber legte Widerspruch ein. "Eine Entscheidung vor dem Verwaltungsgericht kann Jahre auf sich warten lassen", fürchtet Bendig. Das Nutzungsverbot für die Küche ist derzeit ausgesetzt. Doch die Behörden wollen offenbar ernst machen. Bendig sagte am Mittwoch der Berliner Morgenpost: "Der Architekt, der für mich den erneuten Bauantrag gestellt hatte, teilte mir heute mit, dass ich laut Amt den ganzen Betrieb noch einmal genehmigen lassen muss. Das wäre der Todesstoß für unser Unternehmen." Der Fleischer ist der Meinung: "Wir betreiben die Firma in fünfter Generation und sind seit 1959 in Mahlow ansässig, da hat man doch so was wie Bestandsschutz." Der 62-jährige hatte geplant, das Unternehmen aus gesundheitlichen Gründen bald an seinen 38-jährigen Meister zu übergeben, der bei ihm gelernt hat. "Das geht in der jetzigen Situation nicht", so Bendig. Norbert Jurtzik, Chef der Unteren Bauaufsicht, verteidigt die Entscheidung seiner Behörde. Ein Partyservice mit Betriebszeiten ab 4 Uhr - und das auch am Wochenende - könne in einem Mischgebiet, das vorrangig dem Wohnen diene, nicht genehmigt werden, zitiert ihn die "Märkische Allgemeine Zeitung". In dem Komplex befindet sich aber auch die Wurstküche, was offenbar kein Problem ist. "20 Jahre lang hat die Behörde alles geduldet und nichts gemacht, jetzt stehen 80 Arbeitsplätze auf dem Spiel", kritisiert der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum.

Der Parlamentarier Helmut Barthel, SPD, appelliert an Landrätin Kornelia Wehlan (Linke), eine Lösung zu finden. 1000 Unterschriften wurden für den Erhalt der Fleischerei gesammelt. Im Internet entlädt sich der Ärger. "Der Traditionsbetrieb Bendig ist wieder ein Beispiel dafür wie in diesem Land mit Kleinunternehmern und Altbewährten umgegangen wird", schreibt eine Frau. "Wegen jedem Furz braucht man Genehmigungen..." Eine geplante Demonstration hat die Gruppe allerdings abgesagt - auf Wunsch von Rainer Bendig. Der Fleischermeister will nicht aufgeben: "Sind 80 Arbeitsplätze und Jahrzehnte erfolgreiche Arbeit nichts wert?" Diese Frage will er jetzt sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stellen.

*Quelle: Berliner Morgenpost, 29.10.2015*



## Heimatsfreunde hoffen auf positive Minister-Entscheidung - Gedenkprägung der Bundesrepublik soll den 350. Jahrestag des Zinnaer Münzfußes würdigen

Bis jetzt hat das Bundesfinanzministerium auf seiner Internetseite nur die Liste der ausgewählten Themen zum Sonderpostwertzeichen-Jahresprogramm 2016 veröffentlicht. Ungeduldig warten die Heimatsfreunde der Region nun auf die Entscheidung des Bundesfinanzministers, ob 2017 eine Gedenkmünze zu "350 Jahre Münzfuß Kloster Zinna" geprägt und sogar noch eine Sonderbriefmarke dazu herausgegeben wird. Besonders gespannt ist Ideengeber Gerhard Maetz.

Er macht sich dieser Tage lieber nicht allzu große Hoffnungen, "damit die Enttäuschung nicht zu groß wird", wie er sagt. Dabei stehen die Chancen gar nicht so schlecht. Zwölf Themen aus allen gesellschaftlichen Bereichen liegen bei Wolfgang Schäuble (CDU) auf dem Tisch, fünf davon wird er auswählen. Für die Vereinheitlichung des Münzwesens nach dem 30-jährigen Krieg hatte das Fürstentreffen am 6. September 1667 in Zinna eine besondere Bedeutung. Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg und Kurfürst Johann Georg von Kursachsen unterzeichneten dort den Münzvertrag, dem im Jahr darauf auch das Herzogtum Braunschweig- Lüneburg beitrug. Vereinbart wurde der Silberanteil in den Münzen.

Der Zinnaer Münzfuß, ein Zehneinhalb-Taler- Fuß, wurde 1668 für die Prägungen der Vertragsparteien angewandt. Aus der feinen Mark Silber wurden zehneinhalb Taler geprägt. Die Rechnungseinheit verbreitete sich danach in mehr als 90 Staaten. Das wäre doch eine Gedenkmünze wert, finden nicht nur die Mitstreiter des Heimatvereins Jüterbog-er Land, die seit 2011 die Fürstentage zum Motto des alljährlichen Stadtfestes im September machen. Auch Politiker haben in den vergangenen Monaten den Gedenkmünzenantrag unterstützt.

Zum Beispiel Bürgermeister Arne Raue (parteilos), die Landtagsabgeordneten Erik Stohn (SPD) und Danny Eichelbaum (CDU), Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) haben Unterstützerbriefe geschrieben. Von Monika Grütters (CDU), der Kulturbeauftragten der Bundesregierung, erhielt Danny Eichelbaum vorige Woche einen Brief, in dem sie die "große Bedeutung" des Zinnaer Münzvertrages erwähnt. "Bei einer jährlichen Ausgabe von nur fünf 20-Euro-Gedenkmünzen ist die Anzahl der zu würdigenden Ereignisse leider begrenzt", schreibt sie. In die Entscheidung des Finanzministers werde auch ein Votum des Programmbeirats für die Sonderpostwertzeichen einfließen, weil "in der Regel zeitgleich zu den Sondermünzen auch entsprechende Sonderpostwertzeichen herausgegeben werden". Danny Eichelbaum hatte in seinem Schreiben darauf hingewiesen, dass der Bund in den vergangenen Jahren die Sanierung der Zinnaer Klosterkirche unterstützt hat.

Ein Argument, das Gewicht haben könnte. "Eine Gedenkprägung 2017 würde die Aufmerksamkeit für den Ort erhöhen und somit die Arbeiten an der Kirche und die Unterstützung des Bundes öffentlich würdigen", so Eichelbaum. Ob mit oder ohne Gedenkmünze: Der Fürstentag 2017 wird nicht nur an die Unterzeichnung des Zinnaer Münzvertrages erinnern. Im Jahr des Reformationsjubiläums soll dem Ablasshändler Johann Tetzel besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.10.2015*

## Teltow-Fläming ist eine blühende Landschaft!

Anlässlich des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit am 3.10.2015 erklärt der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum:

25 Jahre nach der Einheit haben auch die Menschen im Landkreis Teltow-Fläming allen Grund auf gemeinsam Erreichtes stolz zu sein. Teltow-Fläming ist eine blühende Landschaft! Niedrige Arbeitslosigkeit, ein starker Mittelstand, eine moderne Verkehrsinfrastruktur und eine attraktive Kulturlandschaft wurden in den letzten 25 Jahren geschaffen. 25 Jahre Deutsche Einheit sind ein Grund zum Feiern. Teltow-Fläming ist heute ein wirtschaftsstarker Landkreis mit fleißigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmern, die Boomregion in Brandenburg mit Globalplayern, wie Mercedes und MTU in Ludwigsfelde oder Rolls Royce in Dahlewitz, aber vor allem mit vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die CDU Teltow -Fläming erinnert sich voller Dankbarkeit an die Geschehnisse vor 25 Jahren. Die CDU war die Partei der Bundesrepublik, die das Ziel der staatlichen Einheit in den Jahren der Teilung nie aufgegeben und den Auftrag zur staatlichen Einheit ernst genommen hat. Mit ihrem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl hat sie die historische Chance der friedlichen Revolution und des Mauerfalls erkannt und entscheidend dazu beigetragen, dass die Menschen der DDR selbst über die Zukunft ihres Landes entscheiden konnten und schließlich die deutsche Einheit erreicht wurde.

Die friedliche Revolution und die deutsche Einheit sind entscheidende Teile unserer nationalen Identität.

Eichelbaum erinnerte daran, dass 25 Jahre nach der deutschen Einheit eine junge Generation herangewachsen ist, für die die deutsche Einheit völlig selbstverständlich sei. „Ihnen müssen wir erklären, warum die Menschen im Herbst 1989 in der DDR auf die Straßen gegangen sind: Weil eine Mauer mit Stacheldraht und Selbstschussanlagen sie daran hinderte, in den anderen Teil Deutschlands zu gelangen. Weil öffentliche Kritik an der Partei- und Staatsführung zu Repressionen führte und nicht selten auch ins Gefängnis. Weil die Menschen die Mangelwirtschaft satt hatten und nicht mehr 15 Jahre auf die Auslieferung eines bestellten Autos warten wollten. Viele weitere Gründe könnten wir nennen. Alle zusammen führten zur friedlichen Revolution von 1989 und zur Öffnung der Mauer in Deutschland, ohne die es auch die Einheit nicht gegeben hätte“, so der Landtagsabgeordnete.

*Quelle: Pressemitteilung, 01.10.2015*

25 Jahre CDU-Landtagsfraktion am  
15.10.2015 in Potsdam





# Aktuelle Themen aus dem Landtag

## Trotz Fluchtgefahr auf freiem Fuß

### Die Brandenburger Justiz muss zwei vorbestrafte Sexualstraftäter aus der Haft entlassen, weil ihre Verfahren nicht rechtzeitig abgeschlossen wurden

Potsdam - Genau davor hatten Berufsverbände, Richter, Staatsanwälte und die Opposition im Landtag Brandenburg gewarnt. Jetzt sind zwei vorbestrafte Sexualstraftäter trotz Fluchtgefahr vor Beginn ihres Strafprozesses in Cottbus aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil Fristen für den Prozess überschritten waren. Einer von ihnen sei seit dem 20. Oktober auf freiem Fuß, sagte der Sprecher des Oberlandesgerichts (OLG) in Brandenburg, Ulrich Zwick, am Mittwoch. Der Prozess gegen ihn läuft seit 5. November. In dem anderen Fall wartet der Mann seit dem 19. November in Freiheit auf den Beginn seines Prozesses im Januar.

Wie der RBB berichtete, weiß die Staatsanwaltschaft im Moment nicht, wo er sich aufhält. Beide Männer sind einschlägig vorbestraft und aktuell wegen des mehrfachen Missbrauchs von Kindern angeklagt.

Untersuchungshaft darf in der Regel laut Strafprozessordnung nicht länger als sechs Monate dauern, solange es keine schwerwiegenden Gründe für eine längere Haftzeit gibt. Laut Paragraph 121 der Strafprozessordnung darf sie nur länger als sechs Monate dauern, "wenn die besondere Schwierigkeit oder der besondere Umfang der Ermittlungen oder ein anderer wichtiger Grund das Urteil noch nicht zulassen und die Fortdauer der Haft rechtfertigen".

Das OLG hat aber beschlossen, dass dies im Fall der beiden Sexualstraftäter nicht zutrifft. Deshalb mussten die beiden Angeklagten entlassen werden. Einer der beiden Männer saß bereits neun Monate in Haft, der andere länger als ein halbes Jahr. Beiden Männern wird nach Angaben von Zwick sexueller Missbrauch von Kindern vorgeworfen. Es sind die beiden einzigen Häftlinge, die in diesem Jahr nach Entscheidung des OLG wegen überschrittener Fristen aus der Untersuchungshaft entlassen wurden. In 50 weiteren Fällen sprachen sich die Richter für längere Untersuchungshaft aus.

Im aktuellen Fall habe das OLG anhand der Verfahrensakten abwägen müssen, welche Rechte überwiegen. Dabei spiele die Schwere der Tat eine Rolle und die Persönlichkeit der Angeklagten, sagte OLG-Sprecher Zwick dem RBB. "In diesen Fällen ist der Senat zu der Auffassung gekommen, dass die Rechte des Angeklagten hier vorzuziehen sind."

Verfahren, in denen es um in Haft sitzende Angeklagte geht, müssen von Gerichten vorrangig bearbeitet werden. Die Regel, vor Ende von sechs Monaten zu eröffnen, konnte in diesem Fall nicht eingehalten werden. Zwick sagte dem RBB: "Wir haben am Landgericht Cottbus zurzeit eine schwierige Situation aus zwei Gründen: Auf der einen Seite ist auf dem Bereich der schweren Kriminalität und vor allen Dingen auch im Bereich des sexuellen Missbrauchs mit Kindern ein Anstieg von Verfahren zu verzeichnen, der so nicht vorhersehbar war." Zum anderen sei in der zuständigen Kammer am Landgericht Cottbus der Vorsitzende Richter seit April dauerhaft erkrankt.

Nach Ansicht des rechtspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, ist Personalmangel in der Justiz Grund für die Entlassungen aus der Untersuchungshaft vor Prozessbeginn. Richter und Staatsanwälte litten unter Stellenabbau und Personalmangel, die aus der "katastrophalen Personalpolitik" von Justizminister Helmuth Markov (Linke) resultieren würden. Damit trage Markov die Verantwortung für die Entlassung der beiden Sexualstraftäter aus der Untersuchungshaft. Bei beiden Angeklagten würde Fluchtgefahr bestehen. Es könne auch nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Straftaten begangen werden könnten. Vor dieser Entwicklung aufgrund der verfehlten Personalpolitik der Landesregierung habe die CDU-Fraktion seit Monaten gewarnt.

Der von Rot-Rot beschlossene Stellenabbau in der Justiz führe nicht nur zu längeren Gerichtsverfahren, sondern nun auch zu Entlassungen von Schwerverbrechern. Markov dürfe es nicht länger hinnehmen, dass Strafprozesse in Brandenburg aufgrund von Personalmangel platzen. "Wir benötigen dringend mehr Richter und Staatsanwälte in der ordentlichen Gerichtsbarkeit", sagte Eichelbaum.

Justizminister Helmuth Markov (Linke) wies den Vorwurf der Opposition zurück. "Es gibt vielfältige Gründe, warum manche Verfahren nicht fristgemäß beginnen, die nichts mit einem strukturellen personellen Mangel zu tun haben", erklärte Markov. Die Zahl der Richterinnen und Richter an den Landgerichten sei mit der Zahl der eingehenden Fälle abgestimmt. In diesem Jahr seien voraussichtlich weniger Fälle bei den Landgerichten eingegangen als im Vorjahr. "Die Situation wird sich daher voraussichtlich weiter entspannen", meinte der Minister.

*Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 17.12.2015*



Parlamentarischer Abend der Brandenburger Kirchen mit dem Erzbischof von Berlin, Heiner Koch am 16.12.2015



## Millionen-Schäden durch Wirtschaftskriminalität in Brandenburg

### Wachsende Belastung durch viele langwierige Prozesse / CDU-Rechtspolitiker Eichelbaum kritisiert mangelhafte Justiz-Personalausstattung

Es geht um Millionenbeträge, und häufig um international agierende Kriminelle. Doch Brandenburgs Polizei und Justiz sind in Sachen Wirtschaftskriminalität schlecht vorbereitet, findet der CDU-Rechtspolitiker Danny Eichelbaum. Potsdam. Durch Wirtschaftsstraftaten aller Art sind im Land Brandenburg im Jahr 2014 fast 475 Millionen Euro Schäden entstanden. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum hervor.

Doch nur wenige Justizmitarbeiter sind mit diesem Thema beschäftigt: Im ersten Halbjahr 2015 waren 37 Staatsanwälte im Land für Wirtschaftskriminalität zuständig, vor fünf Jahren waren es noch 41. Und während bei der Polizei 2010 noch 60 Beamte mit Wirtschaftsdelikten befasst waren, waren es 2015 nur noch 35. "Wirtschaftskriminalität verursacht in Deutschland regelmäßig etwa die Hälfte aller durch Straftaten entstehenden Schäden", sagt Eichelbaum. Der CDU-Abgeordnete beklagte gegenüber der RUNDSCHAU, dass es in Brandenburger Wirtschaftsprozessen keine "Waffengleichheit" mehr gebe: "In Wirtschaftsstrafverfahren steht unseren Staatsanwälten und Richtern ein Heer von hochspezialisierten Strafverteidigern gegenüber." Schon heute arbeiteten die Justizbeschäftigten an der Grenze ihrer Belastbarkeit. "Es gibt keinerlei Ressourcen, Spitzenbelastungen bei umfangreichen Verfahren bei Wirtschaftsstraf- oder Umweltstrafverfahren aufzufangen", sagt der CDU-Politiker.

Das Ergebnis seien dann überlange Gerichtsverfahren, die im Strafmaß den Wirtschaftskriminellen zu Gute kommen. Das Justizministerium geht dagegen davon aus, dass die Brandenburger Justiz auch auf Wirtschaftsstraftaten gut vorbereitet ist. "Probleme bereitet allerdings zunehmend, dass gerade Ermittlungsverfahren in Wirtschaftsstrafsachen aufgrund der voranschreitenden Globalisierung der Wirtschaft und dem Vordringen neuer Technologien sehr komplex sind", sagt Sprecherin Maria Strauß. Es sei von Vorteil, dass ein Teil der bei den Staatsanwaltschaften mit Wirtschaftsstrafsachen befassten Dezernenten bereits während des Studiums den Schwerpunkt auf Wirtschaftsrecht gelegt habe. Genutzt würden zudem externe Fortbildungsangebote an der Deutschen Richterakademie, der Justizakademie des Landes sowie an der Bundesfinanzakademie in Brühl. "Das sichert die Qualität der Ermittlungsverfahren ab." In Sachsen stellt sich Wirtschaftskriminalität insbesondere als Veruntreuungs-, Insolvenz- und Betrugs kriminalität dar.

Charakteristisch sind die hohen Schadenssummen, die entstehen und volkswirtschaftliche Dimensionen annehmen. Im Jahr 2011 belief sich der bekannt gewordene Schaden laut Kriminalstatistik im Freistaat Sachsen auf rund 214 Millionen Euro. Mehr als die Hälfte davon wurde im Zusammenhang mit Insolvenzverschleppung registriert.

*Quelle: Lausitzer Rundschau, 12.12.2015*





## CDU kritisiert Brandenburgs Justiz

### Schleuser in Brandenburg: Immer weniger Festnahmen Bundesweit hat sich die Zahl der Verfahren dagegen verdoppelt - CDU fordert härtere Verfolgung

Trotz Flüchtlingswelle werden in Brandenburg immer weniger Schleuser verfolgt und gefasst. Liefen im Jahr 2013 noch 343 Ermittlungsverfahren gegen kriminelle Einreisehelfer, brach die Zahl im Jahr 2014 auf 110 ein. Im laufenden Jahr verfolgten märkische Staatsanwälte von Januar bis Mitte November gerade noch 76 Fälle. Diese Zahlen gab das Justizministerium auf Anfrage des CDU-Abgeordneten Danny Eichelbaum heraus. Gleichzeitig müssen Schleuser immer weniger befürchten, strafrechtlich verfolgt zu werden. Sprachen im Spitzenjahr 2013 brandenburgische Richter 156 Urteile gegen Schleuser, waren es 2014 nur noch 19, im laufenden Jahr sind es bislang 14. Für die CDU ist klar: "Schleuserkriminalität ist Schwerekriminalität und muss hart bestraft werden", so der rechtspolitische Sprecher der Fraktion, Danny Eichelbaum. Um wieder bessere Ermittlungsergebnisse zu liefern, müsse das Land mehr Polizisten auf solche Banden ansetzen, sagt Eichelbaum.

Das Beispiel Bayerns zeige, dass mehr Beamte auch mehr Fälle aufdeckten. Der Kampf gegen Schleuserkriminalität ist laut Eichelbaum eine wichtige rechtspolitische Aufgabe, der sich Justizminister Helmuth Markov (Linke) stellen müsse, zumal dieser jetzt den Vorsitz der Justizministerkonferenz übernehme, so Eichelbaum. Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) stellt deren Landesvorsitzender Andreas Schuster fest: "Hierzulande wird im Moment registriert, nicht kontrolliert. Wir nehmen die Ankunft der Flüchtlinge zur Kenntnis." Wenn man aber nicht kontrolliere, werde man keine Schleuser fassen. "Schleuser-Feststellungen sind im Wesentlichen ein Arbeitsschwerpunkt der Bundespolizei", sagt Rudi Sonntag, Sprecher des Potsdamer Polizeipräsidiums. "Wir als Landespolizei erhalten die Fälle dann zur weiteren Bearbeitung." Der Brandenburg-Trend läuft im Übrigen völlig entgegengesetzt zur Entwicklung im Bund.

So gab die Bundesregierung auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag bekannt, dass sich 2015 die Zahl der in Deutschland festgestellten Schleuser im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat. Sie sollen 15 000 Menschen nach Deutschland gebracht haben. Die Dunkelziffer liegt allerdings nach Ansicht von Experten bei einem Vielfachen dieser Angaben. Die Bundesregierung setzt, wie sie in ihrer Antwort auf die Linken-Anfrage darlegt, "auf eine verstärkte Abschreckung", denn Schleusungen erschweren die Steuerung der aktuellen Flüchtlingsbewegung. Deshalb sei im Gesetzentwurf zur Asylverfahrensbeschleunigung die Anhebung des Strafrahmens für Schleusungsdelikte auf eine Mindeststrafe von drei Monaten vorgeschlagen. Vor einigen Jahren kam es bei einer Verfolgungsjagd der Polizei mit einer Schleuserbande zu einem folgenschweren Unfall. Ein Schleuser mit fünf Ausländern an Bord verunglückte mit seinem Wagen bei Königs Wusterhausen (Dahme-Spreewald), als er einer Polizeikontrolle entgehen wollte. Sechs Menschen, darunter der bereits polizeibekanntere Verbrecher, starben.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 12.12.2015*

## Ringer haben für Olympia mehrere heiße Eisen - Fachverband des Landes Brandenburg feiert sein 25-jähriges Bestehen / Drei Klassiker- Spezialisten hoffen noch auf Rio

"Wir haben derzeit noch mehrere heiße Eisen für die Olympischen Spiele in Rio 2016 im Feuer und wollen diese auch schmieden - sprich auf die Ringerplatten schicken, wenn es Olympiafahrkarten geht", hat im Rahmen einer Feierstunde anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Landes-Ringerverbandes (RVB) Präsident Denny Eichelbaum erklärt. Die RVB-Hoffnungen liegen auf Nick Matuhin und Martin Obst im Freistil und auf Erik Weiß, Damian Hartmann und Christian John aus dem Lager der Griechisch-Römisch- Spezialisten.

In einer erweiterten Präsidiumstagung hatte RVB-Präsident Denny Eichelbaum auch seine Amtsvorgänger Helmut Börner, Reinhardt Mehlhorn, Reiner Leffler und Günter Kreckl nach Potsdam eingeladen. Gern gesehene Gäste waren auch die Partner des Verbandes, wie der Landessportbund, der Olympiastützpunkt, die Sportjugend Brandenburg, sowie die Europäische Sportakademie Brandenburg. Der erste RVB-Präsident Helmut Börner - zugleich Gründungsmitglied des Ringer- Verbandes Brandenburg - sprach vom schweren Beginn inmitten der Wirren nach der politischen Wende im Osten Deutschlands. "Nachdem man 1990 erst einmal irgendwie weitermachte und einen Neubeginn wagte, ist es heute nicht einfacher geworden. Weltspitzenleistungen müssen erbracht werden, um weiterhin gefördert zu werden", zog RVB-Präsident Denny Eichelbaum den Bogen vom Beginn bis zur Gegenwart.

Dabei dankte er Sportlern, Trainern und Funktionären für die engagierte Tätigkeit. Der Ringer-Verband Brandenburg verfüge über gute Talente, die in Richtung Tokyo 2020 schielen. Eine ganze Reihe junger Ringerinnen und Ringer, die 2015 bei den Europameisterschaften der Kadetten und Junioren schon fleißig Medaillen sammelten, sollen laut Eichelbaum in Tokio die brandenburgischen Leistungszentren wieder so erfolgreich vertreten wie einst der Frankfurter Maik Bullmann (Olympiasieger 1992 und mehrfacher Weltmeister) und Heiko Balz (Olympiazweiter 1992), für das Freistilzentrum Luckenwalde erfolgreich auch bei WM und EM. Eine Ehrung erhielt auch der langjährige Trainer Harald Stern, der im Oktober seinen 60. Geburtstag feierte und durch dessen Hände im Leistungszentrum Frankfurt viele Talente gingen, denen er die Grundlagen des Ringer-AB- C beibrachte.

*Quelle: Märkische Oderzeitung, 30.11.2015*

25 Jahre Ringerverband  
Brandenburg am 25.11.2015



## Nach Angriff auf Flüchtlingstreff in Jüterbog - Abgeordnete schockiert angesichts häufiger Übergriffe

Vor rund drei Wochen flogen Feuerwerkskörper in einen Jüterboger Flüchtlingstreff. Dieser mutmaßlich rechtsextreme Anschlag war nun Thema im Rechtsausschuss des Landtags. Die Abgeordneten zeigten sich schockiert über die steigende Zahl an derartigen Attacken in Brandenburg. Die Regierung sieht auch die Gesellschaft gefordert. Von Dominik Lenz Drei Wochen nach einem mutmaßlich rassistischen Anschlag mit Feuerwerkskörpern auf einen Jüterboger Jugendtreff, der auch als Begegnungsstätte für Flüchtlinge dient, hat sich der Rechtsausschuss des Brandenburger Landtags damit befasst. Der Anschlag war am 20. November verübt worden. Es entstand ein Schaden von rund 14.000 Euro, verletzt wurde niemand.

Die Ausschussmitglieder zeigten sich auch drei Wochen nach dem Vorfall betroffen, erschreckend sei aber vor allem die Häufigkeit von Übergriffen im Land, hieß es. Der Anschlag in Jüterbog (Teltow-Fläming) habe ganz Brandenburg getroffen, sagte der CDU-Abgeordnete Danny Eichelbaum, dessen Partei das Thema auf die Tagesordnung gebracht hatte. Eichelbaum forderte, den Ermittlungsdruck zu erhöhen. "Wir brauchen mehr Polizei, auch mehr Stellen in der Justiz, um die Täter schnell zu überführen und schnell zu bestrafen."

"Nicht als Dummen-Jungen-Streich abtun"

Auch wenn der Sprengsatz, der durchs Fenster geworfen wurde, nur aus Feuerwerkskörpern bestand, dürfe man den Anschlag keinesfalls bagatellisieren und als "Dummen-Jungen-Streich" abtun, forderte Erik Stohn von der SPD. Dass Brandenburgs Innenminister am Tag nach dem Vorfall vor Ort war, sei ein wichtiges Signal gewesen.

Rassistische Motive für die Attacke lägen auf der Hand, erklärte Justiz-Staatssekretär Ronald Pienkny. Denn am betreffenden Abend habe ein "Spaziergang von Asylgegnern" und zeitgleich eine Gegendemonstration stattgefunden. Polizei und Staatsanwaltschaft untersuchten derzeit den Zusammenhang dieser Aktionen mit dem Anschlag.

Seitenhieb auf die AfD

Neben den Ermittlungen, zu deren Stand Pienkny am Donnerstag nichts sagen wollte, sei aber auch die Gesellschaft gefordert, solchen Taten entschieden entgegenzutreten. Er sei schockiert über das, "was sich in unserem Land abspielt", so Pienkny. Und darüber, "dass die Grenze zwischen den geistigen Brandstiftern und den tatsächlichen Brandstiftern offensichtlich hier sehr fließend ist" - ein Seitenhieb auf die Alternative für Deutschland (AfD).

Justiz-Staatssekretär Pienkny sprach von einem fraktionsübergreifenden Konsens und zählte dafür die im Landtag vertretenen Parteien auf. Die Alternative für Deutschland nannte er dabei nicht.

*Quelle: Rundfunk Berlin Brandenburg, 03.12.2015*

## Arbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen Brandenburgs fordert Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge

Viele Brandenburger leisten ehrenamtlich in den Flüchtlingsunterkünften hervorragende Arbeit. Dieses ehrenamtliche Engagement stößt jedoch bei der Vermittlung der deutschen Rechtsordnung, der Normen und Gesetze, die in unserem Land gelten, auf Grenzen.

Der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (LACDJ) fordert die Landesregierung auf, die Rahmenbedingungen zur Erteilung von Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge durch Richter und Staatsanwälte zu schaffen.

Hierzu erklärt der Vorsitzende des LACDJ, Danny Eichelbaum MdL:

„Das Justizministerium soll das freiwillige Engagement von Richtern, Rechtspflegern, Staatsanwälten und pensionierten Juristen hinsichtlich der Erteilung von Rechtskundeunterricht in Flüchtlingsunterkünften unbürokratisch ermöglichen. Die Bereitschaft von Richtern und Justizangehörigen, sich in Flüchtlingsunterkünften zu engagieren, ist hoch. Die Vermittlung der Werte unserer Demokratie, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Toleranz, der Meinungs- und Religionsfreiheit sowie der Grundprinzipien unserer Rechtsordnung kann am besten durch die dafür ausgebildeten Juristen erfolgen.“

Insbesondere Richter, Rechtspfleger und Staatsanwälte sind hierfür geeignet. Gerade im Strafrecht weicht unsere Rechtsordnung teilweise erheblich von den Vorstellungen der Flüchtlinge ab. Daher müssen Asylbewerber mit Bleibeperspektive rechtzeitig und sachkundig über unsere Werte und unser Rechtssystem informiert werden.

Quelle: Pressemitteilung, 25.11.2015



Rede im Landtag zum Bericht über die Evaluierung des Richtergesetzes am 18.11.2015

Diskussionsrunde der RBB-Sendung Heute im Parlament zum Thema Staatsvertrag über den gemeinsamen Jugendarrest in Berlin am 18.11.2015



## Renovierung der Teestube kostet mehr als 13 000 Euro

Für die Schäden aus der Explosion in der Begegnungsstätte Teestube liegt eine erste Kostenschätzung vor. Die Kirchengemeinde geht von einem Schaden am Gebäude in Höhe von 13 600 Euro aus, wurde am Dienstagnachmittag mitgeteilt. Diese Summe umfasse Dach, Zimmerdecke, Elektrik, Türen und Fenster - nicht enthalten ist die Einrichtung. Die Detonation der Feuerwerkskörper war offenbar so stark, dass nicht nur Inventar und Möbel zerstört wurden, sondern auch die Decke des Raumes kurz angehoben wurde.

Statische Probleme an der Lehmbauweise liegen nach bisherigen Erkenntnissen nicht vor. Handwerker und die Denkmalschutzbehörde werden die Schäden allerdings noch begutachten. Für die Instandsetzung ist die Kirche auf Spenden angewiesen. Diese können auf das Konto des Kirchenkreises mit dem Vermerk "Wiederaufbau Turmstube" überwiesen werden. Einige Zusagen liegen bereits vor. Die Linksfraktion im Landtag spendet 4250 Euro aus der nächsten Diätenerhöhung. Die Explosion wird in der nächsten Woche den Rechtsausschuss des Landtages beschäftigen.

Justizminister Helmut Markov (Linke) soll über den Stand der Ermittlungen berichten. "Wir erwarten eine rasche und konsequente Aufklärung dieser abscheulichen Tat und eine harte Bestrafung des oder der Täter", sagt Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses. Der Abgeordnete aus Jüterbog hat das Thema auf die Tagesordnung der Sitzung am 3. Dezember gebracht. mb/axe

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 25.11.2015*



Bei der Landesvertreterversammlung des Brandenburgischen Richterbundes in Brandenburg am 20.11.2015

Delegiertentagung des Deutschen Ringerbundes in Köln am 14.11.2015



## Ringen / Internationaler Brandenburg-Cup in Frankfurt(O.)

450 Teilnehmer, plus Trainer, Betreuer, Eltern und Verwandte bevölkerten am Samstag die Brandenburg-Halle im Sportzentrum Frankfurt(O.), ein buntes Völkchen aus insgesamt 11 Nationen kämpfte in 5 Altersklassen den Internationalen Brandenburg-Cup aus.

„Damit ist der Internationale Brandenburg-Cup nach dem Osterturnier in Utrecht das zweitgrößte Jugendevent in Europa“, war der Präsident des Ringerverbandes Danny Eichelbaum stolz über die riesige Resonanz, die nicht nur dem günstigen Termin zum Saisonbeginn, sondern vor allem den Leistungen der Ringer und Ringerinnen aus dem Bundesleistungszentrum geschuldet ist.

So wurden vor Beginn der Kämpfe die Teilnehmer und vor allem die Medaillengewinner bei internationalen Meisterschaften aus den Trainingsgruppen des Leistungszentrums Frankfurt(O.) ausgezeichnet, allen voran Kadetten-Europameisterin Lisa Ersel, sowie die Bronzemedaillegewinnerin der Junioren-EM Francy Rädelt, die die deutschen Farben auch bei den Weltmeisterschaften der Frauen in Las Vegas (USA) vertrat. Auch Christian John setzte mit Bronze bei den Europameisterschaften der U-23 ein dickes Ausrufezeichen.



Danach waren es bei den Jungen die Kadetten (A-Jugend), B-Jugend, sowie die C/D-Jugend, die um die Medaillen kämpften, die Mädchen stritten in den Gewichtsklassen der Jugend und bei den Frauen um die begehrten Siegpriese.

Insgesamt 29 Teilnehmer stellte allein der Gastgeber RSV Hansa 90 Frankfurt(O.), eine Goldmedaille durch Jessica Matisch (70 kg/weibliche Jugend), vier Mal Silber, das von Laura Köhler (32 kg/weibl.

Jugend), Luzie Manzke (69 kg/Frauen), Francy Rädelt (75 kg/Frauen) und Michael Steglich (25 kg/C/D-Jugend), sowie zwei Bronzemedailen, die durch Sophie Hindenburg (40 kg/weibl. Jugend) und Oliver Albrecht (31 kg/C/D-Jugend) erkämpft wurden. Hinzu kommen noch viele weitere Turniersiege und Medaillengewinne durch Nachwuchsringerinnen und Ringer, die am Leistungszentrum Frankfurt(O.) trainieren und in der Eliteschule des Sport's lernen, aber für ihre Heimatvereine starten. Auch hier sagte man in Frankfurt(O.) 'Danke' zeichnete die Partnervereine des Stützpunktes Eisenhüttenstädter RC, SV Luftfahrt Berlin und den SAV Torgelow (MEV) vor Wettkampfbeginn aus.

„Das Ergebnis insgesamt kann sich sehen lassen, wir sind gerade dabei in die neue Saison zu starten, da holpert es verständlicher Weise bei Einigen noch, doch ist dieser Wettkampf mit 450 Teilnehmern schon eine ordentliche Standortbestimmung“, so der Landestrainer für den weiblichen Bereich Michael Kothe, der zugleich als Vorsitzender des RSV Hansa 90 fungiert.

RVB-Präsident Denny Eichelbaum und Michael Kothe konnten auch zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft zu diesem Event in der Brandenburg-Halle begrüßen, so staunte Silvio Kroll (OSP Brandenburg) über die Resonanz aus 10 Ländern auf diesen Wettkampf, der Schulleiter der

Eliteschule des Sportes Jürgen Behnke freute sich vor Ort über die Erfolge seiner Schüler und auch Katrin Böhme aus dem Sportdezernat der Stadt Frankfurt(O.) zeigte sich begeistert; „... die Frankfurter Ringer stellen bei diesem Event einen Teilnehmerrekord nach dem anderen auf, die Brandenburg-Halle ist rappellvoll und die Stimmung hervorragend“. Doch Katrin Böhme gefielen auch dass man in den verschiedenen Altersklassen eine nahezu durchgängige Entwicklung der Athleten und Athletinnen in dieser Sportart – von den Kleinsten, bis hin zu den Kadetten, bzw. Frauen sehen konnte, wo dann bei den älteren Aktiven auch schon taktische Raffinessen eine wichtige Rolle spielen. „Man kann auch unschwer überhören, dass sich jeder nur auf seine eigenen Kämpfe vorbereitet und konzentriert, nein hier wird ordentlich angefeuert, es ist eine schöne Kulisse bei den Ringern“, so Katrin Böhme weiter. Auch Nachwuchs-Bundestrainer Maik Bullmann sah sich beim Nachwuchs um, insbesondere bei den Kadetten, mit den Besten dieser Altersklasse wird er ja schon im kommenden Jahr zusammenarbeiten.

Bedingt durch die riesige Anzahl der Teilnehmer wurde bis in die späten Abendstunden gerungen, erst 20:30 Uhr standen auch die letzten Sieger und Platzierten fest. „Das müssen wir im kommenden Jahr abändern, da dann doch einige Vereine sehr lange Anfahrtswege haben“, werden sich Vereinspräsident Michael Kothe und Organisationsleiter Maik Bitterling mit ihrem großen Helferteam etwas einfallen lassen, um den Ablauf zu straffen.

Der Pokal für die punktbeste Mannschaft ging nach Ungarn, der Verein Dorog gewann mit insgesamt 10 (!) Goldmedaillen und 166 Punkten die Vereinswertung, gefolgt vom gastgebenden RSV Hansa 90, der es auf 136 Zähler brachte. Auch Schweden war mit starken Ringern an die Oder gereist, das HGB Wrestling Team holte mit 121 Punkten den Pokal für die drittbeste Mannschaft, das Team Skane wurde mit 110 Zählern Vierter.

Für den Verein aus Frankfurt(O.), aber auch dem Ringer- Verband Brandenburg – ja für den Ringkampfsport in Deutschland überhaupt, aber auch für die Stadt Frankfurt(O.) war dieser Wettkampf einmal mehr ein sportlicher Höhepunkt, wobei sich viele teilnehmenden Vereine und Verbände auch schon das letzte Septemberwochenende im Jahr 2016 rot ankreuzen werden, wenn die nächste Auflage startet.

*Quelle: Märkische Oderzeitung, 29.09.2015*



Interview mit RBB Brandenburg aktuell zum Thema „Anstieg der asylrechtlichen Verfahren in Brandenburg“ am 03.12.2015

Gespräch mit dem stellvertretenden Inspekteur der Deutschen Marine, Vizeadmiral Rainer Brinkmann in der Landesvertretung Brandenburg in Berlin am 26.11.2015





## CDU fordert mehr Personal für Gerichte

Potsdam (MOZ) Brandenburgs Christdemokraten haben mehr Personal für die Verwaltungsgerichte des Landes gefordert. Nur so könne eine Welle von Asylklagen verhindert werden, sagte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Danny Eichelbaum, am Montag. Zuvor hatte Justizminister Hartmuth Markov (Linke) eine Spezialisierung der Gerichte gefordert.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 28.09.2015

## Mehr Personal an Verwaltungsgerichten dringend benötigt -

### Danny Eichelbaum: Nur mehr Personal an den Verwaltungsgerichten führt zu kürzeren Asylgerichtsverfahren

Aufgrund der sprunghaft gestiegenen Anzahl von Asylverfahren sieht der Sprecher für Rechtspolitik der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Danny Eichelbaum eine Welle an Asylklagen auf die Brandenburger Verwaltungsgerichte zurollen. Die notwendige Verkürzung der Asylverfahren, wird laut Eichelbaum nur mit deutlich mehr Personal zu erreichen sein:

„Die von Justizminister Markov im Bundesrat ins Spiel gebrachte Spezialisierung der Verwaltungsgerichte wird allein nicht zu einer entscheidenden Verfahrensbeschleunigung führen. Kosmetische Veränderungen reichen nicht aus. Zudem haben sich schon heute viele Richter auf einzelne Herkunftsländer spezialisiert.

Es ist vielmehr notwendig, die Verwaltungsgerichte personell zu stärken. Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass asylgerichtliche Verfahren schnell und effektiv bearbeitet werden und die Verfahrensdauer an den Brandenburger Verwaltungsgerichten nicht immer länger dauern. Die Belastungsgrenze für die Verwaltungsrichter ist längst überschritten. Die Verwaltungsgerichte benötigen mehr Richter und mehr nichtrichterliches Personal.

Die Landesregierung muss dringend eine Kurskorrektur vornehmen und als ersten Schritt die zuletzt beschlossenen Personalkürzungen in der Justiz zurück nehmen. Zuständig hierfür ist allein die Landesregierung, die jetzt ihrer Verantwortung nachkommen muss.“

### Hintergrund

Die Klagen an den Verwaltungsgerichten haben sich im Vergleich zu früheren Jahren vervielfacht. Eine Abschwächung dieser Entwicklung ist vor dem Hintergrund der Flüchtlingsströme nicht absehbar. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wurde im Jahr 2014 gegen 4 von 10 Entscheidungen des Bundesamtes geklagt. Allein am Verwaltungsgericht Potsdam gab es im Jahr 2014 fast dreimal so viele Klagen gegen Asylentscheidungen wie im Jahr zuvor.

Quelle: Pressemitteilung, 28.09.2015





## Ausgewählte Termine Januar 2016

- 21.12.2015 17.30 Uhr Feierstunde des Landkreises Teltow-Fläming für die Aktenpaten in Luckenwalde
- 22.12.2015 11 Uhr Verabschiedung des Beigeordneten des Landkreises Teltow-Fläming Holger Lademann in Luckenwalde
- 05.01.2016 10 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik  
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion  
16 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Kommunalpolitik  
18 Uhr Jahresempfang der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg
- 07.01.2016 10 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages
- 10.-11.1.16 Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in Schönefeld
- 12.10.2016 10 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik  
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 13.01.2016 9.30 Uhr Sitzung des Richterwahlausschusses
- 14.01.2016 13.30 Uhr Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung  
17 Uhr Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt in Luckenwalde
- 18.01.2016 19.30 Uhr Eröffnung der Grünen Woche in Berlin
- 19.01.2016 10 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik  
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 20.01.2016 Plenum des Landtages
- 21.01.2016 Plenum des Landtages
- 22.01.2016 Plenum des Landtages
- 25.01.2016 17 Uhr Sitzung des Kreisausschusses in Luckenwalde
- 26.01.2016 10 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik  
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 30.01.2016 11 Uhr Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Teltow-Fläming in Thyrow

Impressum: *Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde  
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de*